

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. August 2021

Traktandenliste

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll vom 26.4.2021
3. Abstimmungen vom 26. September 2021
 - ▶ «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
 - ▶ «Ehe für Alle»
4. Umweltverantwortungsinitiative
5. Bericht aus der Fraktion
6. Verschiedenes und Umfrage
Corona und Impfungen

Anwesende Mitglieder:

Kurt Egger, Barbara Imholz, Raphael Zingg, Marco Bertschinger, Philipp Chalakatevakis, Simon Vogel, Simone Reinhart, Sven Blum, Matthias Kreier, Jost Rüegg, Priska Steiger, Heike aus der Au, Jürg Joss, Peter Heri, Christoph Meili, Brigitta Engeli, Cornelia Hauser, Didi Feuerle, Monika Portmann-Imhof, Walter Kehl, Andreas Schmidt, Gaby Zimmermann, Tobias Egloff, Brigitta Hartmann, Franz Portmann, Sandra Reinhart.

Entschuldigt:

Sibylle Stör, Susanna und Matthias Vogel-Engeli, Walter Lang, Isabelle Vonlanthen, Peter Dransfeld, Seraina Linsel, Verena Fankhauser, Erika Hanhart, Martin von Siebenthal, Karin Bétrisey, Bernhard Braun, Toni Kappeler, Reto Frei, Martin Müller, Cornelia Wetzel.

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler

Brigitta Hartmann begrüsst beim gesponserten Apéro die Mitglieder und informiert über das Theaterhaus und seine Geschichte. Anschliessend, im Theatersaal, erfolgt die Begrüssung durch Kurt. Es ist nun schon länger her, dass wir uns live getroffen haben und er hofft, dass das in Zukunft auch wieder so sein wird.

Die letzten Abstimmungen sind für uns GRÜNE enttäuschend verlaufen, dennoch stellen wir fest, dass das eher ein "jetzt erst recht" zur Folge hat. Innerhalb eines Jahres konnten wir 30 neue Mitglieder willkommen heissen und Kurt begrüsst ganz besonders diejenigen, die heute anwesend sind. Auch bei den Nationalrats- und Kantonsratswahlen konnten wir historische Höchststände erreichen. Das macht Mut für die Zukunft und motiviert allgemein.

Auf die Wahl von Stimmenzählern wird verzichtet, falls nötig kann das später noch gemacht werden (wird nicht nötig sein)

2. Protokoll vom 26.4.2021

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 26.4.2021 wird ohne Änderungen angenommen.

3. Abstimmungen vom 26. September 2021

▶ «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)

Informationen von Karin Hasler, Vizepräsidentin SP St. Gallen

Die Initiative fordert die höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden etc.). Mit den Mehreinnahmen sollen die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Arbeitseinkommen gesenkt oder in die soziale Wohlfahrt wie Familienleistungen, Bildung und Gesundheit investiert werden.

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz nimmt seit Jahren zu. Das reichste 1% besitzt heute mehr als 43% der Gesamtvermögen. Ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sind Kapitaleinkommen, also Dividenden, Aktiengewinne und Zinsen, welche den Reichsten jedes Jahr Milliarden in die Taschen spülen.

Art. 127a Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen

1 Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.

2 Der Mehrertrag der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen.

3 Das Gesetz regelt die Einzelheiten

Beispiel: Eine Person, die im Moment 170 Millionen Franken angelegt hat, erhält bei einer Rendite von 3% rund 5.1 Millionen steuerbares Kapitaleinkommen. Bei einem Freibetrag von 100'000 Franken werden dabei 5 Millionen 1.5fach gezählt, was 7.5 Millionen ergibt. Hierzu würden dann die 100'000 Franken, die nicht betroffen sind, wieder dazugerechnet. Die besagte Person würde also neu über 7.6 Millionen statt 5.1 Millionen **steuerbares Einkommen** verfügen, was einen höheren Steuerbetrag zur Folge hat.

Die Initiative besteuert keine Unternehmen, sondern nur das reichste 1% der steuerpflichtigen Privatpersonen. Die Initiative führt also in keinem Fall zu einer höheren Besteuerung von KMU.

Abstimmungsergebnis: 24 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen

► «Ehe für Alle»

Informationen von Marco Bertschinger

Die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Gegen die «Ehe für alle» ist das fakultative Referendum ergriffen worden.

Gleichgeschlechtlich liebende Menschen sind in unserem Land rechtlich nicht gleichgestellt, weil sie nicht heiraten können und ihnen somit wichtige Rechte verwehrt bleiben. Gleichgeschlechtliche Paare und ihre Kinder sind weniger gut gesetzlich abgesichert, obwohl die Bundesverfassung das Recht auf Ehe und Familie garantiert und jegliche Diskriminierung aufgrund der Lebensform verbietet.

Mit der «Ehe für alle» wird diese elementare Diskriminierung endlich beseitigt und es werden alle Paare gleichgestellt

Die eingetragene Partnerschaft, die in der Schweiz seit 2007 in Kraft ist, ist kein ebenbürtiger Ersatz für die Ehe. In vielen wichtigen Bereichen, beispielsweise bei der Einbürgerung, bei der gemeinsamen Adoption, beim Schutz der Familie oder bei der Witwenrente, bietet sie deutlich weniger Rechte.

In Artikel 14 der Schweizerischen Bundesverfassung steht: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung werden nirgendwo erwähnt. Auch der Artikel über die Fortpflanzungsmedizin (Art. 119 BV) schliesst gleichgeschlechtlich liebende Menschen nicht aus.

Diskussion: Vor allem die Samenspende und Leihmutterschaft werfen Fragen auf. Daher präzisiert Marco:

Die Ehe für alle ermöglicht Frauenpaaren den Zugang zu Samenbanken in der Schweiz, genauso wie ihn heterosexuelle Paare bereits heute haben. Die bestehende Gesetzgebung gewährleistet, dass alle Kinder mit 18 Jahren die Identität ihres Samenspenders erfahren können, falls sie dies möchten.

Die Leihmutterschaft ist in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für verschiedengeschlechtliche wie auch für gleichgeschlechtliche Paare – verboten. Dies steht im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch die Vorlage nicht berührt.

Abstimmungsergebnis: 20 JA, 2 NEIN, 2 Enthaltungen

4. Umweltverantwortungsinitiative

Informationen von Raphael Zingg.

Klimakrise, Artensterben: Sie sind real. Und dennoch setzt die Politik weltweit noch immer auf die Devise «abwarten und Tee trinken», mit immer dramatischeren Folgen. Mit der Umweltverantwortungsinitiative fordern die Jungen Grünen, dass die Schweiz endlich vorangeht und die Belastungsgrenzen der Erde nicht mehr überschreitet. Sie wollen, dass die Schweiz diese Ziele **innerhalb von zehn Jahren** erreicht.

Die Umweltverantwortungsinitiative verlangt, dass wir die Umwelt priorisieren. Sie soll den Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft bilden. Dabei sollen die wissenschaftlich definierten «planetaren Grenzen» eingehalten werden.

Die Initiative will nun, dass die Schweiz sechs planetare Grenzen einhält: Klimawandel, Artensterben, Wasserverbrauch, Landnutzung, Luftverschmutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag.

In diesen sechs Bereichen sollen klare Grenzwerte gelten. Beim Klima heisst das zum Beispiel ganz einfach: Netto Null Treibhausgasemissionen.

Die Unterschriftensammlung hat gerade gestartet und ab sofort können entsprechende Sammlungen stattfinden. Raphael bittet im Namen der Jungen Grünen um Mithilfe. Unsere Quote sind 560 Unterschriften, wenn jede(r) nur 2-3 Unterschriften sammelt, ist diese bereits erfüllt.

5. Bericht aus der Fraktion

Informationen von Sandra Reinhart, Fraktionspräsidentin der GRÜNEN TG

Sandra ist, obwohl noch relativ neu im Kantonsrat, bereits Fraktionspräsidentin. Sie nehme das Amt gerne wahr und ist auch bereit Verantwortung zu tragen. Peter, der das Amt vorher hatte, ist zum Präsidenten der SIA Schweiz gewählt worden, eine grosse Ehre aber auch viel Arbeit.

In der Fraktion werden die Aufgaben (Kommissionssitze und anderes) nach Eignung und Neigung verteilt. Aktuell sind die GRÜNEN TG in folgenden Gremien vertreten:

- Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (Beni und Mathis)
- Büro (Gina)
- Justizkommission (Cornelia)
- Raumplanungskommission (Karin)
- Gesetzgebungs- und Redaktionskommission (Gina)
- Kommission zum Öffentlichkeitsgesetz (Jost hat das Präsidium)
- Corona-Kommission (Isabella und Mathis)

Leider ist Karin nicht zur Vize-Grossratspräsidentin gewählt worden, obwohl die SP uns dieses Amt überlassen hat. Diese Nichtwahl war einzigartig bzw. sogar skandalös.

Bisher wurden in dieser Legislaturperiode insgesamt 38 Vorstösse mit Grüner Beteiligung gemacht, bei 22 waren GRÜNE Hauptvorstösser. Besonders Corona war mit total 17 Vorstössen ein grosses Thema. An der letzten Ratssitzung wurden gar zwei Interpellationen zum Thema Corona glatt verweigert und eine Diskussion darüber abgelehnt.

Obwohl Kurt nach seiner Wahl in den Nationalrat nicht mehr Fraktionsmitglied ist, kommt er zu fast allen Fraktionssitzungen und gibt dabei auch Informationen aus Bern. Dieser Einsatz wird sehr geschätzt und verdient grossen Dank.

Demnächst am 15. September findet der Fraktionsausflug nach Uttwil statt, zu dem auch viele andere Mandatsträger*innen der GRÜNEN eingeladen sind. Sandra freut sich auf einen interessanten Nachmittag am See.

6. Verschiedenes und Umfrage

Referendum Stempelsteuer (Quote für GRÜNE Thurgau: 257)

Kurt bittet eindringlich darum, bereits gesammelte Unterschriften **sofort einzuschicken** und natürlich auch selber zu unterschreiben. Es könne ja nicht sein, dass der Thurgau jedes Mal Mühe mit der Quote hat, die knapp über der Anzahl der Mitglieder liegt.

Zu den Sammelbögen gibt es noch **einige Anregungen**, das gilt nicht nur hier, sondern für alle Unterschriftensammlungen:

- Auf der Rückseite bitte ein Kurzargumentarium abdrucken. Das macht es für die Sammler*innen viel einfacher und es müssen sich nicht erst Argumente "ergoogelt" werden.
- Kleinere Bögen mit weniger Unterschriftenzeilen. Viele genießen sich, einen Bogen mit nur einer oder zwei Unterschriften einzusenden, da ja noch sooo viel Platz ist.

Am Sonntag, 29.8.2021 finden die **OLS Wanderung und OLS Velofahrten** statt. Neu wird die Strecke von Oberaach bis Lindenhof Langrickenbach mit einbezogen. Mehr auf der Webseite Seeruecken-Komitee.ch, ein Blick darauf lohnt sich.

Demnächst starten folgende Unterschriftensammlungen: Initiative F35 und Initiative Individualbesteuerung

Corona und Impfungen

Zum Abschluss gab es noch eine recht emotionale Diskussion zum Dauerbrenner Corona und Impfungen.

Kurt wurde kritisiert, weil er indirekt Druck auf das einzige Regierungsratsmitglied ausgeübt habe, sich als nicht geimpft zu outen. Kurt erwidert, dass gerade ein Gremium, das der Bevölkerung die Impfung dringend empfiehlt, geradezu verpflichtet ist, dieser Empfehlung auch selbst nachzukommen. Ansonsten müsse man auch dazu stehen und nicht die Verantwortung an alle anderen abgeben. Zudem werde auch niemand gezwungen, sich gegenüber der Presse zu äussern.

Christoph Meili hat Mühe mit der offiziellen Corona-Politik der GRÜNEN. Er betont, er als Biobauer habe durch seine Tiere am besten den Überblick was es mit Impfungen und Krankheiten auf sich habe. Er werde sich sicher nicht impfen lassen.

Andreas Schmidt, Tierarzt, hält dagegen, das sei kein Privileg von Biobauern und habe mit Bio im allgemeinen oder besonderen gar nichts zu tun. Gegenteilige Meinungen können nicht mit dem Zusatz Bio begründet werden.

Brigitta Engeli fehlt der sensible Umgang mit Gesundheitsdaten. Diese seien sehr persönlich und durch Zertifikate und Fragen von Arbeitgebern werde dieser Grundsatz verletzt. Auch eine Verweigerung sei schwierig, da ja dann bereits klar sei, dass jemand weder geimpft noch genesen sei. Auch bei einer Schwangerschaft habe der Arbeitgeber kein Recht zu fragen bzw. eine Antwort zu erhalten. (Zwischenruf: eine Schwangerschaft ist aber auch nicht ansteckend)

Marco Bertschinger meint, der Arbeitgeber habe ein legitimes Interesse daran, ob ein Arbeitnehmer den ganzen Betriebsablauf gefährdet. Er steht auf dem Boden der Wissenschaft und die Fakten zeigen klar die Vorteile von Impfungen und Zertifikaten. Er ist das Geschwurbel sooo leid und es macht ihn wütend dass Impfgegner und Skeptiker die Pandemie am Laufen halten.

Dieser Aussage schliessen sich noch weitere Mitglieder an. Gabi Zimmermann erklärt, es gäbe eine Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und persönliche Freiheit hat auch ihre Grenzen.

21.10h Ende der Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung: 25. Oktober 2021, Bezirk Frauenfeld, hoffentlich wieder live.

Barbara Imholz, 27.8.2021